

VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND- PFALZ – VVR –

RUNDSCHREIBEN

Rdschr. Nr. 4/08 vom 18. Dezember 2008

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

mit dem letzten Rundschreiben des Jahres 2008 möchte ich auf Ereignisse des Verbandslebens im letzten Vierteljahr des zu Ende gehenden Jahres zurückzublicken.

- I. Zu unserer **Mitgliederversammlung am 28. Oktober 2008 im "Historischen Rathaussaal" der Stadt Koblenz** konnten wir erstmals Vertreter der drei Landtagsfraktionen als Gäste begrüßen, nämlich den Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Landtags, Herrn Abgeordneten Schneiders (CDU), den justizpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Herrn Abgeordneten Hoch, und die rechtspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Frau Abgeordnete Dr. Lejeune. Anwesend waren darüber hinaus die Abteilungsleiterin im Justizministerium, Frau Ministerialdirigentin Dr. Mandt, und der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz, Herr Dr. Schulte-Wissermann, der ein Grußwort an uns richtete. Der interessante Gastvortrag von Herrn Prof. Dr. Frenz (TH Aachen) zum Thema "Perspektiven für den Umwelt- und Klimaschutz" verlangte uns einiges an Aufmerksamkeit ab; der Vortragstext kann inzwischen auf unserer Homepage (www.vvr-rp.de) nachgelesen werden. Nachdem wir uns beim Lunchbuffet, das in bewährter Qualität im "Gastronomischen Bildungszentrum" bereitstand, gestärkt hatten, wartete im vereinigungsinternen Teil der Mitgliederversammlung noch ein umfangreiches Arbeitsprogramm auf uns. Bei den turnusgemäß anstehenden Vorstandswahlen wurden alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten mit hervorragenden Stimmergebnissen gewählt. Die Stimmenergebnisse im Einzelnen können der als **Anlage** beigefügten Niederschrift der Mitgliederversammlung 2008 entnommen werden, die Frau RinVG Dr. Rüth freundlicherweise erstellt hat. Frau VRinVG Faber-Kleinknecht und Herr RVG Porz wurden mit großem Dank für ihre langjährige Mitarbeit aus dem Vorstand verabschiedet. Auch die – leider unvermeidliche – Anhebung der Mitgliedsbeiträge zum 1. Januar 2009 wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen. Das Rahmenprogramm beschränkte sich aus Zeitgründen auf eine Power-Point-Präsentation über die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz; alle, die daran teilgenommen haben, waren sehr angetan von der Präsentation durch den Geschäftsführer der BUGA GmbH, Herrn Faas,

und dessen Bereitschaft, auch auf kritische Fragen einzugehen. Die Mitgliederversammlung klang mit einem gemütlichen Beisammensein im "Winzerhof Wirges" in Koblenz-Moselweiß sehr harmonisch aus.

An dieser Stelle sei allen, die zum Gelingen der Mitgliederversammlung beigetragen haben, noch einmal herzlich gedankt.

- II. Der Vorsitzende hat am 13./14. November 2008 an der **Mitgliederversammlung des BDVR und des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag e.V.** in Berlin teilgenommen. Themen waren – erneut – die Richterbesoldung, die Zusammenlegung der Verwaltungs- und der Sozialgerichtsbarkeit (hier will sich der BDVR nach der Bundestagswahl ggf. neu positionieren), die Rechtswegbereinigung im Verwaltungsrecht, die Zukunft des Widerspruchsverfahrens, die Frage einer Selbstverwaltung der Justiz und die richterlichen Mitwirkungsrechte. Der Vorstand des BDVR wurde einstimmig im Amt bestätigt. Ferner wurde die Satzung des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag e.V. u. a. dahin geändert, dass die namensgebende Veranstaltung statt "Verwaltungsrichtertag" künftig in Anlehnung an den Vereinsnamen, aber auch, um die Offenheit der Veranstaltung für alle an der Verwaltungsrechtspflege Interessierten zu betonen, "Verwaltungsgerichtstag" heißen wird. Einzelheiten der Beratungen können den Protokollen beider Versammlungen entnommen werden, die bei Interesse über den VVR-Vorsitzenden angefordert werden können.

- III. Der neu gewählte VVR-Vorstand traf am 8. Dezember 2008 zu einem **Gespräch mit Herrn Justizminister Dr. Bamberger** im Ministerium der Justiz zusammen. In der rund 1½-stündigen, sehr intensiven, aber harmonischen Gesprächsrunde, an der auch Frau Ministerialdirigentin Dr. Mandt teilnahm, wurde eine umfangreiche Themenliste "abgearbeitet". Zur Umsetzung von PEBB§Y-Fach in der Verwaltungsgerichtsbarkeit betonte Minister Dr. Bamberger, dass der Personalbestand der Verwaltungsgerichtsbarkeit gehalten werden solle; durch Pensionierungen und längere Abordnungen frei werdende Stellen sollen weiterhin nachbesetzt werden. Die Problematik der völlig unzureichenden Erfassung von Großverfahren in den PEBB§Y-Fach-Basiszahlen soll erneut in der bundesweiten Pensenkommission erörtert werden. Für die angestrebte Fusion von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit oder wenigstens für eine Neuordnung der Rechtswegzuweisungen im öffentlichen Recht sieht der Minister bis zum Ende der Legislaturperiode des Bundestages keine realistischen Chancen mehr. Zur Richterbesoldung in Rheinland-Pfalz bekräftigte Dr. Bamberger, dass sich die Landesregierung an das Versprechen einer "1:1-Übertragung" des (noch ausstehenden) Tarifabschlusses für die Angestellten des Landes auf die Beamten und Richter trotz der Auswirkungen der Finanzkrise gebunden sehe. An der eigenständigen R-Besoldung soll im Land festgehalten werden. Den Vorschlag eines eigenständigen Landesjustizbesoldungsgesetzes hält er für prüfenswert. Für unsere Bemühungen um eine

Anhebung der Vergütungssätze für richterliche Nebenämter in der Juristenausbildung zeichnet sich ein kleiner Erfolg ab: Das Justiz- und das Innenministerium wollen nunmehr beim Finanzministerium Mittel für eine "maßvolle Erhöhung der Vergütungssätze" beantragen. Weitere Themen waren das Gerichtskostenrecht, die Zukunft des Widerspruchsverfahrens in Rheinland-Pfalz (siehe dazu auch unter IV.), die Umsetzung des sog. Bologna-Prozesses in der Juristenausbildung sowie die gerichtsinterne Mediation. Hier befürwortet der Minister ebenso wie die VVR eine bundesgesetzliche Regelung wichtiger Fragen anlässlich der Umsetzung der europäischen Mediationsrichtlinie. Ferner zeichnet sich ab, dass die VVR gemeinsam mit dem Arbeitskreis für Mediation in der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit im nächsten Frühjahr eine Fortbildungstagung zum Thema "Mediation" anbieten wird.

- IV.** Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz, Herr Prof. Dr. Meyer, hat der VVR Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem "Evaluationsbericht des Ministeriums des Innern und für Sport" vom 5. September 2008 zur Neuregelung des verwaltungsgerichtlichen Vorverfahrens gegeben. Mit Schreiben vom 28. November 2008 hat die VVR zu diesem Thema umfassend Stellung genommen. Im Ergebnis sprechen wir uns für eine Beibehaltung des Widerspruchsverfahrens bei den Kreis- und Stadtrechtsausschüssen aus, befürworten jedoch die Erprobung eines fakultativen Widerspruchsverfahrens in einem Pilotprojekt; im Zuständigkeitsbereich staatlicher Widerspruchsbehörden halten wir eine umfassendere Untersuchung, inwieweit das Widerspruchsverfahren bei den verschiedenen Behörden seine drei Hauptzwecke – Selbstkontrolle der Verwaltung, Entlastung der Verwaltungsgerichte und zusätzlicher Rechtsschutz für den Bürger – tatsächlich erfüllt, für erforderlich. Das Schreiben, das inzwischen auch Gegenstand des Gesprächs mit Justizminister Dr. Bamberger war, wird in Kürze auf unserer Homepage nachzulesen sein.

Nun bleibt mir noch, mich im Namen des gesamten Vorstands bei Ihnen allen für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für Ihre Unterstützung im zu Ende gehenden Jahr 2008 ganz herzlich zu bedanken. Unterstützen Sie uns bitte auch im kommenden Jahr 2009 mit Rat und Tat!

Mit den besten Wünschen für ein frohes, friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches Jahr 2009

für den Vorstand

gez. Hartmut Müller-Rentschler